



STADT VELBERT

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für die Haushaltsjahre 2010/2011

Rede von Bürgermeister
Stefan Freitag am
28. September 2010

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor Ihnen liegt der Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 einschließlich des Entwurfs für ein neues Haushaltssicherungskonzept.

Nach den Buchstaben der Gemeindeordnung kommt er - jedenfalls bezogen auf das Jahr 2010 - eindeutig zu spät. Trotzdem haben die meisten unter uns ihn nicht unbedingt herbeigesehnt, sondern eher gefürchtet. Denn das Zahlenwerk dieses Etatentwurfs zeigt uns ungeschminkt eine kommunale Wirklichkeit, die uns nicht gefallen kann. Fakt ist: Dieser Doppelhaushalt und vor allem das beigefügte Sparpaket wird uns viel Arbeit und viel Ärger bescheren. Fakt ist aber auch: Das gehört zu der Verantwortung, die jeder Einzelne von uns freiwillig für diese Stadt übernommen hat.

Kurt Schuhmacher, der erste Vorsitzende der Bundes-SPD nach dem zweiten Weltkrieg, hat einmal gesagt: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“. Und die Wirklichkeit sieht nun einmal so aus, dass wir uns - wie die meisten Städte in NRW - am Rande der kommunalpolitischen Handlungsfähigkeit bewegen.

Es ist ein schwacher Trost, dass sich unzählige Städte in NRW und Deutschland in einer ähnlichen Situation befinden. Gemäß dem letzten Kommunalfinanzbericht des Innenministeriums schafften im Jahr 2009 gerade noch 44 von 427 Städten und Gemeinden in NRW einen echten ausgeglichenen Haushalt - also gerade einmal jede zehnte Stadt. Der neue Kommunalfinanzbericht für das Jahr 2010 liegt noch nicht vor, jedoch ist von einer weiteren Verschlechterung der Situation auszugehen.

An Warnungen, dass wir uns auf eine solche Situation zu bewegen, hat es in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gemangelt. Schon in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts wurde - übrigens auch in diesem Saal - vor einem solchen Szenario gewarnt. Im Grunde sparen wir schon seit den späten 80er Jahren ständig den immer schlechteren Rahmenbedingungen hinterher. Und von einigen wenigen Zwischenerfolgen abgesehen bleibt das bittere Fazit, dass uns auch zwischenzeitlich vier Haushaltssicherungskonzepte mit beeindruckenden Einsparsummen nicht retten konnten.

Denn das kommunale Finanzsystem wurde immer weiter und vor allem schneller ausgehöhlt, als wir sparen konnten. Auf der Einnahmenseite wurde die Gewerbesteuer so lange ‚reformiert‘, bis sie zu einer höchst konjunkturanfälligen und unkalkulierbaren Zufallssteuer deformierte. Dafür wurden auf der Ausgabenseite nach und nach alle wesentlichen Sozialausgaben den kommunalen Haushalten aufgebürdet, vor allem diejenigen, die in sich eine stark steigende Tendenz bergen.

Die kommunale Ebene - vom Landschaftsverband über die Kreise bis zu den Städten und Gemeinden - muss inzwischen die Langzeitarbeitslosigkeit, die Pflege im Alter und die Hilfen für behinderte Menschen quasi alleine stemmen. Doch damit nicht genug - auch den größten Kostenblock für die frühkindliche Betreuung und Bildung sowie die Ganztagsbetreuung an den Schulen hat man uns übertragen.

Ich möchte dabei nicht falsch verstanden werden. Alle diese Aufgaben sind wichtig, ja unentbehrlich. Wir erledigen sie gerne und besser als jedes zentrale staatliche System es könnte. Aber auf Dauer brauchen wir für diese Aufgaben auch stabile und verlässliche Finanzierungsmittel als sicheres Fundament. Stattdessen wurde dieses Fundament immer weiter ausgehöhlt.

Und auf dieses ausgehöhlte Fundament wurden immer neue Lasten aufgetragen. Eigentlich sollte das jedes Kind vom Spielen mit Bauklötzen kennen: Irgendwann bricht so ein Turm ohne sicheres Fundament zusammen.

Wahrscheinlich hätte schon ein kleinerer Sturm als die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre ausgereicht, diese brüchige Finanzarchitektur hinwegzufegen. Die größte Finanzkrise seit fast 80 Jahren hat das System letztlich zum Einsturz gebracht.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund errechnet für das Jahr 2010 eine Unterfinanzierung der Kommunen in Deutschland in Höhe von zwölf Mrd. Euro. Die OECD - die gewiss kein Interessensverband von Städten ist - kommt sogar zu einem Ergebnis von 25 bis 30 Mrd. Euro.

Gigantische Zahlen - gewiss.

Ähnlich gigantische Zahlen haben die Bundesregierung allerdings nicht davon abgehalten, maroden Privatbanken, die sich auf den Kapitalmärkten verzockt hatten oder EU-Staaten mit etwas zu kreativer Buchführung, ähnliche Beträge zu überweisen. Ich habe sogar beides aus volkswirtschaftlichen Überlegungen für durchaus richtig gehalten.

Aber genauso dringend ist aus volkswirtschaftlichen Überlegungen eine sofortige umfassende Stabilisierung der Kommunalfinanzen.

Die positiven Signale der letzten Monate sehe ich dabei durchaus. Die neue Landesregierung in NRW hat die eine oder andere Entlastung angekündigt, die Bundesregierung hat eine Kommission mit genau dieser Zielsetzung einberufen.

Die Stabilisierung der Kommunalfinanzen gehört inzwischen zum Standardbestandteil jeder Rede von Bundeskanzlerin und Oppositionsführer. Nur haben wir leider bis heute noch keine greifbaren Ergebnisse, mit denen wir fest rechnen dürfen.

Immerhin wird den Entscheidungsträgern in Berlin und Düsseldorf zwar sehr, sehr langsam, aber offensichtlich endlich klar, dass wir nicht von Spielgeld für Kommunalpolitiker reden, sondern von einem Grundpfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland. Und dieser Grundpfeiler ist brüchig geworden.

In der Folge erleben wir jetzt den erzwungenen massenhaften Abbau kommunaler Leistungen von Bädern und Bibliotheken über Schulen, Theatern und Sportstätten, bis hinein in die soziale Daseinsfürsorge.

Und damit sind wir auch in der kommunalpolitischen Wirklichkeit vor Ort angelangt.

Alleine in den Jahren 2009 und 2010 haben wir in Velbert zusammengerechnet ein Minus von 80 Mio. Euro angesammelt. Dies ist eine erschreckende Zahl. Trotz leichter Verbesserung im Jahr 2011 besteht auch keine Aussicht auf einen Haushaltsausgleich für die komplette laufende Legislaturperiode bis 2014.

Nur mit einem harten Sparkurs und einem Schuss Optimismus besteht überhaupt die Aussicht, die Überschuldung dieser Stadt zu vermeiden.

Diese Situation stellt eine einzigartige Zäsur dar. Ein „Weiter so“ kann, darf und wird es nicht geben.

Ich habe schon beim Neujahrsempfang zu Beginn dieses Jahres angekündigt, dass uns diese Situation an den Rand dessen führen wird, was für die Lebensqualität und die soziale Stabilität in unserer Stadt noch verträglich ist. Die entscheidende Frage wird jedoch sein, ob wir als Stadtrat dieser Herausforderung gewachsen sind oder ob wir an ihr scheitern. Scheitern wir, geben wir Kompetenz und Verantwortung für unsere Stadt in fremde Hände. Diese Kompetenz und die Verantwortung für diese Herausforderung ist jedoch ein hohes Gut. Sie ist uns in demokratischer Wahl von den Menschen unserer Stadt anvertraut worden. Gehen wir also nicht leichtfertig mit diesem Gut um.

Denn wenn wir überhaupt eine Restmenge kommunaler Eigenständigkeit bewahren wollen, gibt es zu einem harten, aber selbstbestimmten Sparkurs keine Alternative.

Ich appelliere daher an alle Fraktionen, sich konstruktiv an der Suche nach einem politischen Konsens für den Haushalt zu beteiligen.

Zu beurteilen, ob es aber konstruktiv und verantwortlich ist, den Etat, noch bevor er eingebracht ist, als Scherbenhaufen zu bezeichnen, wie es die Grüne-Fraktion gestern bereits getan hat, überlasse ich anderen.

Vor Ihnen liegt der Vorschlag der Verwaltung, wie wir in Velbert mit der größten Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg umgehen können, ohne unsere Zukunftsfähigkeit und Entwicklungsperspektiven aus den Augen zu verlieren.

Dieser Vorschlag muss und wird nicht das letzte Wort sein. Wir sind gespannt auf Ihre Impulse und Änderungsvorschläge. Für eine Bewertung sowie für eine sachorientierte und konstruktive Diskussion stehen Ihnen dabei die Verwaltung und auch ich gerne und jederzeit zur Verfügung.

Wir wollen diese historische Herausforderung meistern, indem wir versucht haben - vereinfacht gesagt - VELBERT aufgrund völlig veränderter Rahmenbedingungen neu zu denken.

1. Was macht unsere Stadt aus?
 2. Wie können wir einerseits den Etat bis 2017 um insgesamt 60 Mio. Euro entlasten, ohne andererseits das Gesicht unserer Stadt negativ zu verändern?
 3. Wie können wir unsere Zukunftschancen wahren, wie ein soziales Miteinander in der Stadt gewährleisten?
 4. Wie können wir Familien, Kinder und Senioren nachhaltig unterstützen?
 5. Und dabei gleichzeitig den formalen Vorgaben der Kommunalaufsicht Rechnung tragen?
- Dies sind Fragen, die dazu geführt haben, dass wir uns im Verwaltungsvorstand noch nie mit einem Etatentwurf so schwer getan und zur Vorbereitung ganz neue Wege beschritten haben.

Der Auftakt war eine Strategieklausur des Verwaltungsvorstandes im Frühjahr, bei der wir alle Leistungen und Angebote der Stadt auf den Prüfstand gestellt haben. Das Ergebnis der hieraus resultierenden zahlreichen, teilweise komplexen Prüfungen ist in das Ihnen bereits bekannte Positionspapier des Stadtkämmerers eingeflossen, das Herr Lindemann Ihnen am 6. Juli präsentiert hat.

Dieses Positionspapier hat dann zu der erhofften intensiven Diskussion in Politik und Öffentlichkeit geführt. Viele Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Diskussion sind in den Etatentwurf eingeflossen - übrigens genau so wie auch einige konkrete Sparvorschläge aus der Bürgerschaft.

Aus meiner Sicht hat sich dieses Verfahren durchaus bewährt und wir sollten gemeinsam über eine Weiterentwicklung dieser Bürgerbeteiligung nachdenken. Denn wir hatten so - anders als sonst - die Gelegenheit, Sparvorschläge in eine breite gesellschaftliche und politische Diskussion einzubringen, bevor sie in den formalen Haushaltsplanentwurf einmünden. Da einem solchen Entwurf in Zeiten des Nothaushaltes eine möglicher Weise entscheidende Funktion zukommt, war dies klug und hilfreich.

Denn das Positionspapier des Stadtkämmerers bildet zwar das Gerüst für das vorliegende Haushaltssicherungskonzept. Jedoch gibt es auch einige Veränderungen als Ergebnis der breiten Diskussion in und mit Bürgerschaft und Politik. Und diese Diskussion wird ja auch mit dem heutigen Tag nicht beendet sein. Ich gehe vielmehr davon aus, dass sie am morgigen Tag erst beginnt.

Der Stadtkämmerer wird gleich im Detail auf diese Veränderungen und den Etatentwurf insgesamt eingehen. Ich möchte mich darauf beschränken, Ihnen kurz und prägnant unsere Antworten auf die vielen Fragen, die unsere einzigartige Situation aufwirft, zu erläutern.

1. Personal

Bereits im Positionspapier wurde die Notwendigkeit und Tragweite weiterer Personalkosteneinsparungen aufgezeigt.

Klar ist: Wer Einsparungen und Einschnitte bei Anderen vorschlägt, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Zur Konkretisierung dieser Vorgabe war zunächst ein Strukturkonzept für die Verwaltung abschließend zu erarbeiten, das Ihnen zwischenzeitlich vorliegt und dessen abschließende Beratung für die Ratssitzung in der kommenden Woche vorgesehen ist.

Dieses Konzept versetzt uns in die Lage, schon im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2014 eine nachhaltige Entlastung von 1,7 Mio. Euro pro Jahr zu erreichen. Das sind fast 20 Prozent der für 2014 angestrebten Einsparung von 9,3 Mio. Euro jährlich – übrigens die größte Einzelposition des gesamten Haushaltssicherungskonzeptes.

Dies entspricht einem Abbau von über 50 rechnerischen Vollzeitstellen. Bis zum Jahr 2017 soll es sich dann sogar um über 70 Stellen handeln, womit in 7 Jahren rund 10 Prozent unseres jetzigen Personalbestandes sozialverträglich abgebaut sein werden.

Das ist schwierig, aber machbar!

Ich sage aber auch ganz deutlich: Ich kann Einbußen bei der Leistungsqualität einiger Bereiche nicht gänzlich ausschließen, denn nicht alles lässt sich mit Strukturveränderungen und Prozessoptimierungen auffangen. Vereinfacht gesagt: Die eine oder andere Wartezeit wird sich verlängern, Öffnungszeiten müssen ggf. reduziert werden! Und ich sage auch ganz deutlich: Mehr ist nicht drin. Ich habe als Behördenchef gesetzliche Vorgaben zu beachten und werde dies auch tun.

Wer jetzt noch mehr Einsparungen fordert, sollte bitte auch deutlich sagen, dass dies nur mit betriebsbedingten Kündigungen und einem weiteren massenhaften Abbau von Leistungsangeboten geht. Hierfür stehe ich jedenfalls nicht zur Verfügung.

Zum gegenseitigen Verständnis aller Ebenen sollte es gehören, dass wir alle – Bund, Land und Kommunen – vor gewaltigen Sparanstrengungen stehen. Der Innenminister des Landes NRW hat auch völlig zu Recht den Städten in diesem Zusammenhang weitere Sparanstrengungen abverlangt: Wer Landeshilfe in Anspruch nimmt, muss sich auch selbst anstrengen. Aber ich habe nur begrenztes Verständnis, dass in der gleichen Woche über 1.600 neue Stellen im Landesdienst angekündigt werden und der Bezirksregierung sogar 25 Mio. Euro für Personalverstärkungen aus dem laufenden Haushalt bekommen soll. Auch hier gilt: Wer das Sparen bei anderen anmahnt, muss dies auch im eigenen Haus glaubhaft vorleben.

2. Zuschüsse an Vereine und Verbände im freiwilligen Bereich

Bei den vorgeschlagenen Kürzungen für Verbände und Vereine werden Sie einige Änderungen gegenüber dem Positionspapier entdecken, die das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit den Zuschussempfängern sind.

Ich denke, dieser komplette Bereich des HSK - Entwurfs wird uns in den nächsten Wochen noch weiter intensiv beschäftigen. Es handelt sich zwar haushaltstechnisch — wieder gemessen am Jahr 2014 — ‚nur‘ um rd. 270.000,00 Euro und damit nur gerade 3 % des gesamten Konsolidierungsvolumens. Doch wir haben die Rahmenvorgaben der Kommunalaufsicht zu beachten, die diesen Bereich besonders streng unter die Lupe nimmt. Trotzdem sollten wir uns hier im Rahmen der Möglichkeiten eine gewisse Offenheit bewahren.

Auf keinen Fall darf das wichtige Band zwischen Stadt und Ehrenamt gänzlich zerschnitten werden. Und auf keinen Fall dürfen wir Angebotsstrukturen im ehrenamtlichen Bereich zerschlagen, die uns dann hinterher als Kosten der hauptamtlichen Sozialverwaltung wieder auf die Füße fallen. Im Spannungsfeld zwischen diesem Grundsatz und den Vorgaben des Innenministeriums als Kommunalaufsicht gilt es jetzt, kluge Lösungen zu finden.

3. Gebäude

Den eigentlichen Sprengsatz in unserer mittelfristigen Finanzplanung sehe ich indes weder im Personalbereich noch bei den Zuschüssen. Struktur und Zustand unserer Gebäude sind meine größte Sorge.

Lassen Sie uns in dieser historisch einzigartigen Situation ehrlich miteinander umgehen: Wir alle, Rat, Verwaltung und Bürgermeister haben vor dem gigantischen Instandhaltungstau in unseren Gebäuden allzu lange die Augen verschlossen. Wir haben die Bewältigung dieser Herausforderung immer wieder hinausgeschoben, weil uns klar war: Kommunale Gebäude sind Identifikationsorte für die Bürgerschaft - und zwar wichtige Identifikationsorte! Dies hat uns nicht zuletzt die Debatte um die Herminghausvilla zu Beginn des Jahres nochmals deutlich vor Augen geführt.

Gleichwohl müssen wir auch hier nüchtern die kommunalpolitische Wirklichkeit betrachten. Und die Fakten liegen hier auf der Hand: Wir können uns die jetzigen Infrastrukturkosten nicht mehr leisten. Das gilt erst recht für die Sanierungsaufwendungen, die noch auf uns zukommen. Klar ist: Wir müssen uns, je schneller, desto besser, von vielen alten Gebäuden trennen. Dies gilt ganz konkret vor allem für die jetzigen dezentralen VHS-Standorte. Hier ist Ihnen der dringende Handlungsbedarf bereits bekannt.

Dies gilt aber auch für einen großen Teil unserer Übergangwohnheime. Unser Konzeptvorschlag für die Übergangwohnheime wird Ihnen zur nächsten Sitzungsrunde vorliegen, beginnend mit den Beratungen im Integrationsrat.

Im Anschluss werden wir uns auch noch mit einigen Verwaltungsgebäuden – ich denke da vor allem an den Lindenkamp -beschäftigen müssen.

Für alle diese Bereiche gilt: Wir müssen uns von alten Gebäuden und damit vom Sanierungstau trennen. Nur so erreichen wir mittelfristig haushaltswirtschaftliche Entlastungen und vermeiden weiter steigende Infrastrukturkosten. Der Bezug neuer Gebäude ist mit Vorteilen für die betroffenen Bürger und Mitarbeiter und mit positiven Impulsen für die weitere Stadtentwicklung verbunden, weil ein Großteil der gebäude Energiefresser sind.

Dies gilt auch für den Schulbereich, wo uns die Diskussion noch viel Kraft kosten wird. Anders als im Positionspapier ist im vorliegenden HSK-Entwurf die Schließung einzelner Grundschulen nicht mehr enthalten. Gleichwohl halte ich die mittelfristige Aufgabe von Schulgebäuden für machbar und auch notwendig.

Der Vorwurf, wir würden hierdurch an der Bildung unserer Kinder sparen, geht ins Leere. Dazu einige Zahlen: Die laufenden Aufwendungen für den Betrieb der Schulen betragen in diesem Jahr über 15 Mio. Euro. Davon fließen mit insgesamt 1,5 Mio. Euro gerade einmal 10 Prozent in Bereiche wie Lernmittel, Schulausstattung und Ganztagsangebote - also Bereiche, die unmittelbar und direkt die Qualität der Bildungsarbeit beeinflussen.

Der Rest wird für Gebäude, Personal, Fahrtkosten und Versicherungen benötigt, die nichts mit der Qualität von Bildung zu tun haben. Die Entwicklung deutlich zurückgehender Schülerzahlen kann deshalb bei unserer Haushaltssituation nicht ausgeblendet werden.

Dabei sollten wir eben nicht an der Bildung selbst oder an der Ausstattung der Schulen sparen, sondern an den markant steigenden Gebäudekosten. Wir müssen in Köpfe investieren und nicht in Steine! Deshalb halte ich es für schmerzhaft, aber durchaus für verkraftbar, langfristig auf drei Schulgebäude im Primarbereich zu verzichten. Dies ist im HSK-Entwurf zunächst nur ein Erinnerungsposten, so dass wir ausreichend Zeit haben werden, uns mit unterschiedlichen Lösungsansätzen und -modellen zu beschäftigen. Wir sollten dies meines Erachtens außerhalb der aktuellen Haushaltsdebatte klären, aber wir sollten vor dieser Aufgabe nicht zurückschrecken.

Ich schlage übrigens auch vor, sämtliche Einsparungen durch Gebäudeaufgaben zu reinvestieren in die Bereiche, die die Qualität von Bildung ausmachen. Ich denke da zum Beispiel an mehr und flexiblere Ganztagsangebote oder an eine Stärkung der Schulbudgets für profilbildende, individuelle Maßnahmen der einzelnen Schulen.

Dieses Geld werden wir brauchen, aber wir müssen es eben selbst erwirtschaften. Ich glaube, dass wir mit 14 gut ausgestatteten, vitalen und mit einer gesunden Schülerzahl belegten Grundschulstandorten langfristig dem Bildungsgedanken mehr Rechnung tragen, als mit einer Mangelverwaltung von 17 Standorten.

4. Dezentrale Strukturen

Im Bereich Bäder schlagen wir unverändert die Schließung des NIZZAbades in Langenberg vor, verweisen aber auf die Gespräche und Verhandlungen, die zurzeit mit den Schwimmsport treibenden Vereinen und den Stadtwerken laufen.

Unverändert bleibt es auch bei dem Vorschlag, die Stadthalle in Neviges zu schließen.

Wie in vielen anderen Bereichen habe ich auch hier viel Verständnis für die Sorgen und den Ärger der betroffenen Bürger, die sich nicht von diesen traditionellen Einrichtungen trennen wollen. Zum Betrachten der Wirklichkeit des Jahres 2010 gehört aber eben auch die berechnete Frage, ob eine Stadt mit rund 84.000 Einwohnern, die am Rande des finanziellen Kollapses wandelt, die jetzige Leistungsdichte kommunaler Angebote erhalten kann. Ich darf in Erinnerung rufen, dass die neue Stadt Velbert am 1.1.1975 rund 96.000 Einwohner hatte. Deswegen waren großstädtische Strukturen seiner Zeit durchaus berechtigt.

Seitdem verfügen wir über ein landesweit rekordverdächtiges Niveau dezentraler Einrichtungen in den Stadtbezirken, von Servicebüros und Veranstaltungshäusern, über Bibliotheken, Schwimmbädern, Volkshochschulen, bis hin zur Musikschule.

Dies macht sicher einen Teil der guten Lebensqualität in Velbert aus. Aber wenn wir ehrlich sind, ist es natürlich auch Folge der Geschichte unserer Stadt und des Gebietsänderungsvertrages vom 11.03.1973. Wie wir heute wissen, entfaltet dieser Vertrag in einer Nothaushaltssituation juristisch keine Bindungswirkung mehr.

Ich glaube aber, dass wir uns nicht nur juristisch, sondern auch politisch von dem Gebietsänderungsvertrag und seinem Geist lösen müssen.

Es ist jetzt mehr denn je gesamtstädtisches Denken gefragt. Das über 35 Jahre eingeübte und durchaus bewährte Denken und Handeln in Stadtbezirksgrenzen wird uns ansonsten in eine finanzielle und politische Katastrophe führen. Ich finde, das müssen wir jetzt auch den Menschen ehrlich vermitteln. Deshalb lassen Sie uns doch auch die formale Einteilung der Stadt in drei Stadtbezirke aufgeben. Der Gebietsänderungsvertrag war gut und hilfreich, den Menschen aus drei Städten den Weg in eine gemeinsame Stadt zu erleichtern. Aber fast 30.000 Menschen, die heute in Velbert leben, waren damals noch gar nicht geboren. Und

auch die anderen 55.000 Menschen haben 1975 nicht alle hier gelebt. Wir haben es heute mit anderen Herausforderungen zu tun. Es geht jetzt um die Rettung der Stadt als Ganzes. Doch wie sollen wir gesamtstädtisches Denken propagieren, wenn wir uns selbst kleinteilig und kirchturmsbezogen organisieren. Es wird immer eine eigene Nevigeser Identität, eine eigene Langenberger Identität geben — und das ist auch gut so. Aber lassen Sie uns darüber diskutieren, ob wir dafür drei Bezirksgrenzen und bezirksbezogene Angebote brauchen.

Ich glaube das nicht!

Eine andere Frage ist, ob wir Bezirksausschüsse benötigen. Bei allem Respekt vor der dort geleisteten Arbeit glaube ich auch das nicht. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir diese Frage erst im Zuge einer ohnehin notwendigen Reform unserer Ausschussstrukturen zu Beginn der nächsten Legislaturperiode abschließend klären.

5. Steuern

Zu einer Zäsur, zu einer völligen Neubewertung der Situation gehört es auch, eigene Positionen neu zu überdenken. Ich darf dies auch für mich persönlich in Anspruch nehmen, denn Steuererhöhungen habe ich bislang abgelehnt.

Mir ist jedoch in den letzten Monaten klar geworden, dass es ohne eine moderate Erhöhung der Grundsteuer nicht gelingen wird, das soziale Gefüge dieser Stadt zu bewahren. Deshalb schlagen wir eine Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte bzw. 5 Prozent vor. Ein Gemeinwesen ist eben kein Unternehmen. Unsere Entscheidungen betreffen das persönliche Lebensumfeld tausender Menschen. Diese Steuererhöhung ist ein Beitrag, diese Lebenswirklichkeit nicht noch weiter zu verschlechtern, sondern verlässliche und qualitativ gute Angebote zu erhalten. Sie ist ein Solidarbeitrag der gesamten Bevölkerung zum Erhalt der Lebensqualität und eines Mindestmaßes an sozialer Sicherheit. Trotzdem fällt es schwer, den Menschen, die durch harte Arbeit schon jetzt maßgeblich die Lasten unseres Gemeinwesens finanzieren, noch mehr abzuverlangen. Ich kann mir deshalb eine zeitliche Befristung dieser Maßnahme auch sehr gut vorstellen.

Es bleibt deshalb insgesamt auch bei der Linie, bei der Konsolidierung hauptsächlich auf der Aufwandsseite und nur zu einem kleinen Teil auf der Ertragsseite anzusetzen.

Ich möchte an dieser Stelle an den Stadtrat appellieren, es bei diesem Kurs zu belassen. Auch ich bin für eine grundlegende Steuerreform. Auch ich befürworte eine stärkere Beteiligung gut verdienender Menschen an den Kosten des Staates. Aber kommunale Steuern sind hierfür ungeeignet.

Die Grundsteuer trifft alle gleich - vom Hartz IV-Empfänger bis zum Millionär. Und die Gewerbesteuer zahlen Unternehmen, keine Einzelpersonen. Für unsere Wirtschaft, die von der Krise besonders gebeutelt wurde, wäre es fatal, ausgerechnet jetzt neue Belastungen auferlegt zu bekommen.

Im August 2010 waren in Velbert 700 Menschen weniger arbeitslos als noch vor einem Jahr. Dies ist ein erfreulicher Trend, aber noch keine gefestigte Entwicklung. Vor allem weil der Zuwachs an Beschäftigten in erster Linie aus mehr Leiharbeitsverhältnissen resultiert. Neue Belastungen können diesen zarten Aufschwung aber durchaus beeinträchtigen und Arbeitsplätze gefährden.

Wir müssen – und das gilt eben auch für Steuersätze – auch im Vergleich zum regionalen Umfeld konkurrenzfähig bleiben, wenn wir unsere Zukunftsfähigkeit erhalten und damit unsere Ertragskraft ausbauen wollen.

Denn, so bitter die eine oder andere Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes auch sein mag - dieses 60-Mio-Euro-Sparpaket bewahrt uns vor dem Schlimmsten, sprich der Überschuldung und der vollständigen Handlungsunfähigkeit - nicht weniger, aber auch nicht mehr!

Eine nachhaltige Verbesserung unserer Zukunftsfähigkeit geht damit nicht einher. Und um Betrachten der Wirklichkeit gehört eben auch - ich habe das vorhin schon angeführt - dass kurzfristig kein erlösender Geldsegen „von oben“, also von Bund oder Land zu erwarten ist.

Nur in einer umfassenden Strategie einer qualitätsorientierten Stadtentwicklung sehe ich die Chance, zu einer geordneten Haushaltswirtschaft und damit verbunden auch wieder zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung zurück zu kehren. Denn unsere Ertragskraft hängt letztlich nun einmal von zwei Faktoren ab: Der Zahl der Einwohner und der Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt.

Deswegen ist eine zielorientierte Stadtentwicklungspolitik letztlich auch Finanzpolitik. Und ganz anders als bei den Haushaltsdaten fällt das Betrachten der Wirklichkeit des Jahres 2010 hier positiv aus.

Wenn wir nur die derzeit bereits laufenden oder mindestens beschlossenen Projekte betrachten, werden wir schon in Kürze von einer erheblichen Steigerung unserer Standortqualitäten sprechen dürfen.

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan ermöglicht uns die Entwicklung zahlreicher marktgerechter neuer Wohnangebote. Alleine die Bebauungspläne, die der Umwelt- und Planungsausschuss mit höchster Priorität gemäß einer eigenen Beschlusslage bearbeiten will bzw. bearbeitet hat, führen bis 2014 zu über 500 neuen Wohneinheiten. Wenn ich übrigens die haushaltswirtschaftliche Ertragskraft pro Einwohner mit dem statistisch abgesicherten Wert von 1.400 Euro taxiere, rede ich hier bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von zwei Personen über ein Volumen von 1,4 Mio. Euro!

Parallel dazu läuft die Revitalisierung vorhandener Stadtquartiere auf Hochtouren. Bislang sind bereits insgesamt über 7 Mio. Euro in das Stadtumbauprojekt ‚Nordstadt‘ und in das Projekt ‚Soziale Stadt Birth / Losenburg‘ geflossen, mit - wie ich finde - beeindruckenden Ergebnissen. Beide Quartiere haben bereits jetzt enorm an Qualität gewonnen. Und die Revitalisierung geht weiter. Wir beabsichtigen schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres, den Bebauungsplan für ein neues Wohnquartier Am Nordpark auf den Weg zu bringen.

Ein guter Mix von Neubau und revitalisierendem Bestand an Wohngebäuden ist aber nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig müssen der Freizeitwert, die Einkaufsmöglichkeiten und die Verkehrsanbindung verbessert werden.

In punkto Freizeitwert wird das Jahr 2011 zu einem großen Jahr.

Wir hoffen, im zweiten Quartal sowohl den Radweg auf der ehemaligen Bahntrasse, als auch den neu gestalteten Freizeitpark an der Höferstraße in Betrieb nehmen zu können. Abgerundet wird diese Entwicklung dann durch den dritten Bauabschnitt für den Herminghauspark, mit dem dieses Vorzeigeprojekt durch ein neues Tiergehege mit Erlebnischarakter abgeschlossen wird. Zu nennen ist sicher auch die Pilgerachse in Neviges, mit der wir die touristische Erschließung dieses Ortsteils weiter entwickeln.

An dieser Stelle möchte ich einmal ausdrücklich die Arbeit der Technische Betriebe Velbert hervorheben, die sich für all diese Projekte, wie für unsere gesamte Infrastruktur verantwortlich zeichnen. Es zeigt sich heute, wie richtig die Entscheidung war, die Verwaltung und Weiterentwicklung des Infrastrukturvermögens einer rechtlich verselbständigten Einheit zu übertragen, die dies zudem - wie ich finde - hervorragend wahrnimmt.

Aus dem Konjunkturprogramm wird zudem die Sanierung des Sportplatzes Waldschlösschen als Heimat eines hoffentlich bald fusionierten Sportvereins für Neviges und Tönisheide in 2011 fertig gestellt.

Während die Projekte der TBV und des Konjunkturprogramms außerhalb des städtische Haushaltes laufen können, sieht es für unsere Projekte Schloss Hardenberg und Bürgerhaus Langenberg schwieriger aus. Hier hängen wir von der Städtebauförderung von Bund und Land ab - und was unseren Eigenanteil angeht, eben vom städtischen Haushalt.

Beim Schloss Hardenberg werden wir dabei sicher noch Geduld haben müssen. Und an diese Geduld appelliere ich jetzt auch. Mir sind die teilweise negativen Nebentöne bei der Beratung und Beschlussfassung des Museumskonzeptes für das Schloss nicht verborgen geblieben. Mit der Einstellung ‚das erleben wir sowieso alles nicht mehr‘ oder ‚da glaube ich sowieso nicht dran‘, wird jedenfalls kein Blumentopf zu gewinnen sein.

Fakt ist, dass wir seit der kommunalen Neugliederung, also seit 35 Jahren noch nie so weit waren, wie heute bei der scheinbar unendlichen kommunalpolitischen Geschichte des Schlosses Hardenberg, denn ich stelle fest:

1. Die Sanierung des Hauses ist im vollen Gange - wann konnten wir das schon einmal behaupten? Und
2. wir haben ein Nutzungskonzept, dass nicht nur in Velbert beschlossen wurde, sondern auch bei möglichen Partnern und Fördermittelgebern in Mettmann, Düsseldorf und Köln auf positive Resonanz stößt - auch hier sei die Frage erlaubt, wann wir dies schon einmal behaupten durften.

Sicher ist der weitere Fortschritt abhängig von der Bewilligung weiterer Fördermittel, aber mit der sukzessiven Inbetriebnahme einzelner Teile des Ensembles - Multifunktionsraum Vorburg, Innenhof, jetzt Südflügel und Gastronomie - sind wir definitiv weiter, als wir es unter Qualitätsgesichtspunkten jemals zuvor waren.

Geduld ist auch weiterhin bei der Sanierung des Bürgerhauses in Langenberg erforderlich, doch auch hier kann es in 2011 entscheidende Fortschritte geben. Leider können wir die Sanierung auf Grund unserer Haushaltssituation trotz der Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht vorfinanzieren und einfach durchbauen. Aber schon mit der jetzt in Aussicht stehenden ersten Tranche an Fördermitteln können wir nach der Grundsanierung den Mehrzweckraum und den Gaststättenbereich zügig bautechnisch abschließen und damit die zwei frequenzstärksten Bereiche des Bürgerhauses wieder in Betrieb nehmen.

Nur damit dies hier jedem im Saal klar ist: Gibt es am 30. November keine Mehrheit für einen Haushalt, werde ich am 1. Dezember einen Baustopp für beide Projekte - Bürgerhaus und Schloss - anordnen müssen. Bitte missverstehen Sie dies nicht als Drohung. Es ist schlicht und einfach eine juristische Logik: Die Finanzierung des Eigenanteils einer Maßnahme aus dem Haushalt kann nur dann gewährleistet werden, wenn es auch einen Haushalt gibt! Das hat uns die Kommunalaufsicht unmissverständlich deutlich gemacht. Und Sie wissen auch, dass ich im Falle einer Regierung durch die Kommunalaufsicht nur noch ausführendes Organ bin.

Betroffen wären übrigens nicht nur die laufenden Baumaßnahmen Schloss und Bürgerhaus. Schließlich wollen wir in diesem Jahr noch die Erhaltungssatzungen für die historischen Ortskerne Langenberg und Neviges und die entsprechenden Handlungskonzepte als Grundlagen für die Beantragung weiterer Fördermittel auf den Weg bringen. Beide Konzepte enthalten wichtige weitere Projekte, so beispielsweise

- das ehemalige Bahnhofsempfangsgebäude und
- den Güterschuppen in Langenberg,
- das jetzige Jugendzentrum Vogteier Straße,
- die Industriebrache Sambeck,
- den alten Bahnhof in Neviges,
- das Quartier David-Peters-Haus,
- das ehemalige Rathaus in Neviges
- und nicht zuletzt die Fassadenprogramme.

Dies sind allesamt Vorhaben, mit denen wir die Attraktivierung unserer Stadt ebenfalls nachhaltig vorantreiben können.

Zunächst gilt es jetzt, mit vereinten Kräften für einen Erhalt der Städtebauförderungsmittel in Bund und Land zu kämpfen. Dann geht es darum, konkrete Förderzusagen für diese Projekte zu erlangen. Für beides haben mir übrigens schon unsere Bundestags- und Landtagsabgeordneten Unterstützung zugesagt.

Aber ich darf es nochmals wiederholen: All dies hat nur dann einen Sinn, wenn es uns auch gelingt, die kommunalen Eigenanteile dazustellen. Und dafür brauchen wir einen Haushalt!

Neben dem Freizeitwert kommt den Einkaufsmöglichkeiten einer Stadt hohe Bedeutung für den Wohnwert zu. Und auch hier sind die Weichen für eine dynamische Entwicklung gestellt. Der SB-Markt Kleestraße befindet sich im Bau, die Bemühungen um die Verwirklichung der Idee eines Ärztezentrum an anderer Stelle, als am leider gescheiterten Standort Nedderstraße, laufen auf Hochtouren und es gibt auch erste vielversprechende Ansätze für eine Revitalisierung des Hertie-Gebäudes. Und schließlich wollen wir noch in diesem Jahr in die wichtige politische und öffentliche Diskussion der Gestaltung eines möglichen Shopping-Centers im Areal Marktzentrum / Europaplatz einsteigen.

Abgerundet durch die Aufwertung innenstadtnaher Grün- und Parkanlagen und einige weitere gestalterische Aufgaben kann so ein Innenstadtzentrum entstehen, das kompakt, grün, lebendig und modern ist, gleichzeitig aber den Charme der Gründerzeit im fußläufigen Teil der Friedrichstraße bewahrt.

Bei aller Euphorie über all diese denkbaren Entwicklungen sollten wir hier sehr gewissenhaft mit den notwendigen Gestaltungsfragen umgehen. Die Chance zu einer solch umfassenden Neuordnung und Revitalisierung der Innenstadt in einem so kurzen Zeitraum ist sicher einmalig, aber wir müssen uns bewusst sein, dass mit den Folgen unserer gestalterischen Entscheidungen noch Generationen von Velberterinnen und Velbertern leben und dies sollten sie möglichst gerne tun.

Deswegen liegt es mir sehr am Herzen, dass wir uns die Zeit für eine breite öffentliche Diskussion im Vorfeld unserer Entscheidungen nehmen. Diese Zeit muss sein. Es wäre zwar naiv zu glauben, dass hier letztendlich ein Konsens, mit dem alle zufrieden sind, erzielbar sein wird. Aber die Menschen in dieser Stadt sollten sicher sein, dass ihre Ideen, ihre Anregungen und auch ihre Kritik Gehör finden. Dies beugt nicht nur der leider zurzeit allgegenwärtigen Politikverdrossenheit vor, es stärkt auch die wichtige Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt.

Natürlich werden wir uns in diesem Zusammenhang auch abschließend über die künftige Verkehrsplanung in der Innenstadt, einschließlich einer verbesserten Situation für den ÖPNV, einigen müssen. Dies bedeutet natürlich erhebliche Zusatzarbeit und noch vollere Sitzungskalender, ist aber zwingend erforderlich. Hier können wir auf die bereits geleistete gute Vorarbeit, insbesondere zur Umgestaltung des innerstädtischen Verkehrsringes und zum zentralen Busbahnhof aufbauen.

In punkto überregionale Verkehrserschließung sieht es ebenfalls so gut wie selten zuvor aus in der Geschichte unserer Stadt. Es ist zwar nichts Neues mehr und trotzdem erfüllt es mich mit sehr viel Dankbarkeit, dass ich - anders als meine Amtsvorgänger - an dieser Stelle den Bau der A 44 nicht mehr fordern muss: Der Lückenschluss befindet sich nach 40 Jahren Planung und Diskussion endlich im Bau!

Die Bedeutung dieses Verkehrsanschlusses ist in diesem Saal bereits so oft betont worden, dass ich an dieser Stelle auf Wiederholungen verzichten kann. Ein Satz sei mit jedoch erlaubt: Der Anschluss an das Autobahnnetz Richtung Westen ist eine riesige Chance für unsere Stadt — was wir jedoch aus dieser Chance machen, liegt an uns — und da schließt sich der Kreis zu der von mir skizzierten dynamischen Stadtentwicklung in Wohn-, Freizeit-, Einkaufs- und Verkehrsbereich.

Untrennbar mit dieser Entwicklung ist unsere Stabilisierung als Wirtschaftsstandort mit einem nach wie vor hohen Arbeitsplatzbestand verbunden. Der behutsame Strukturwandel, den wir hier bereits vor einigen Jahren eingeläutet haben, muss fortgesetzt werden. Die Stärkung des produzierenden Gewerbes vor Ort muss weiter einhergehen mit einer gezielten Ansiedlung neuer Branchen, um den Mix weiter zu verbessern.

Ich habe am Anfang meiner Ausführungen Kurt Schuhmacher mit den Worten: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“ zitiert. Wie also sieht im Fazit die Wirklichkeit zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts in Velbert aus? Haushaltspolitisch stehen wir vor einer desaströsen Situation, die wir nur mit schmerzhaften Entscheidungen entschärfen können. Gleichzeitig bieten sich in der Stadtentwicklung so viele Chancen für eine Verbesserung unserer Standortqualitäten wie selten zuvor.

Uns muss klar sein: Beide Entwicklungen bedingen sich. Es gilt: Nur eine einschneidende Konsolidierung des Haushaltes bewahrt unsere kommunalpolitische Handlungsfähigkeit und damit die Chancen selbstbestimmter Stadtentwicklungspolitik.

Umgekehrt gilt aber auch: Nur eine erfolgreiche Stadtentwicklung wird uns in die Lage versetzen, über eine gestärkte Ertragskraft wieder zu einer nachhaltig soliden Haushaltswirtschaft zurück zu kehren. Es sind zwei Seiten der gleichen Medaille!

Die Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsberatung werden entscheiden, ob wir beiden Seiten dieser Medaille gerecht werden. Denn nochmals: Scheitert dieser Etat, wackeln viele der genannten Entwicklungen und Projekte!

Wahrscheinlich war deshalb noch nie ein Etat so nah dran, der Bezeichnung ‚Schicksalsbuch der Stadt‘ gerecht zu werden. Denn diesmal geht es nicht alleine um den wichtigen Streit um Prioritäten bei einzelnen Projekten oder die Höhe einzelner Fachbudgets.

Es geht diesmal um die kommunale Selbstverwaltung in Velbert an sich. Aus Sicht des wichtigsten Selbstverwaltungsgremiums, und das sind wir als Stadtrat nun einmal, kann man es auch drastischer ausdrücken: Es geht um Alles - jedenfalls für uns. Denn, falls wir als Stadtrat bis zum 30. November keine politische Mehrheit finden, die bereit ist, in schwierigen Zeiten Kompromisse zu finden und Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen zu übernehmen, geben wir unsere Steuerungskompetenz freiwillig in die Hände der Kommunalaufsicht in Mettmann und Düsseldorf.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies niemandem in Velbert gefallen darf und kann. Jeder einzelne von uns muss sich der Frage stellen, wie sein eigener Beitrag zur Zukunftssicherung aussieht. Geht es um den kurzfristigen Applaus einzelner Gruppierungen und Initiativen oder geht es darum, einen eigenen Beitrag zur Zukunft dieser Stadt geleistet zu haben. Das ist eine individuelle Entscheidung jedes Einzelnen von uns.

Dabei sollte uns klar sein, dass, wer dem Gemeinwohl insgesamt dienen will, sich auch einmal über Einzelinteressen hinwegsetzen muss. Damit macht man sich auch zur Zielscheibe von Kritik – das ist unangenehm. Aber wer immer nur gut dastehen will, sollte nicht Politiker werden.

Der Eid, den wir am 27. Oktober 2009 gemeinsam abgegeben haben, spricht von der Erfüllung der Aufgaben zum Wohle der Gemeinde, auch von Fraktionszwang ist dort keine Rede. Ich schlage deshalb jetzt schon vor, dass wir am 30. November, anders als sonst üblich, in einer namentlichen Abstimmung über den Haushalt entscheiden. Diese Entscheidung wird eine der wichtigsten in der über 200jährigen Geschichte dieser Stadt sein und ich halte es für das Recht jedes Mitgliedes dieses Rates, dass seine individuelle Entscheidung dokumentiert wird.

Bevor ich nun das Wort an den Stadtkämmerer übergebe, möchte ich mich bei ihm und seiner Mannschaft für die Arbeit der letzten Monate bedanken. Trotz schwierigster Zeiten ist es ihm gelungen, in sachlich konstruktiver Zusammenarbeit einen Etatentwurf zusammen zu stellen, der die uneingeschränkte Unterstützung des gesamten Verwaltungsvorstandes hat.

In meinen Dank schließe ich ausdrücklich die einzelnen Organisationseinheiten der Verwaltung mit ein. Wir haben tatsächlich in den letzten Monaten in dieser Krise enger zusammen gearbeitet als je zuvor. Dies ist bei der Vielfalt einer Kommunalverwaltung keine Selbstverständlichkeit. Vielleicht motiviert es ja auch den von politischer Vielfalt geprägten Stadtrat jetzt enger zusammen zu rücken. Ich glaube, dass die Menschen dieser Stadt das von uns zu Recht jetzt erwarten.

Bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute und fruchtbare Haushaltsberatungen in den Fraktionen und Ausschüssen.